

Sozialdemokratische Parteienkooperation im Spannungsverhältnis von Nationalstaat, europäischer Integration und Internationalismus

Von Jürgen Mittag

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist es vertraute Praxis, in europäischen und internationalen Kategorien zu denken. Nicht nur angesichts grenzüberschreitender wirtschaftlicher Entwicklungen, zunehmender Migrationsbewegungen, verstärkter kultureller Transfers und moderner Kommunikationsformen, sondern auch mit Blick auf politische Integrationsprozesse – vor allem im Zuge der fortschreitenden europäischen Einigung – werden die Grenzen des Nationalstaats vielfach überschritten. Sogar der Aushöhlung des klassischen Nationalstaats wird zunehmend das Wort geredet. Vor diesem Hintergrund wird in jüngster Zeit zunehmend häufiger die Frage gestellt, inwieweit auch sozialdemokratische Parteien transnational, d.h. über staatliche Grenzen hinweg, agieren bzw. in der Vergangenheit agiert haben. Da Parteien in repräsentativen Demokratien als Dreh- und Angelpunkt politischer Willensbildung gelten, wird ihnen die Aufgabe zugeschrieben, zwischen Staat und Gesellschaft zu vermitteln – gewissermaßen als Scharnier oder Transmissionsriemen. Sie bilden und bündeln Meinungen, sie dienen der Repräsentation wie der Kommunikation und sie sind wesentlich an der Rekrutierung des politischen Führungspersonals beteiligt.

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine der weltweit ältesten und bestorganisiertesten demokratischen Parteien gilt dieser Anspruch in besonderem Maße. Welche grenzüberschreitenden Beziehungen aber hat die SPD auf europäischer und internationaler Ebene geknüpft? Wie hat die SPD zu Gedanken der europäischen Einigung und zur internationalen Solidarität Position bezogen? Und welche gemeinsamen Standpunkte hat sie in ihrer über 140-jährigen Geschichte mit ideologisch und programmatisch nahe stehenden sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien anderer Länder entwickelt? Diesen Leitfragen geht der nachfolgende Beitrag in Form eines außen- und europapolitischen Streifzugs durch die Geschichte der SPD im 19. und 20. Jahrhundert nach. An diesen Überblick schließt sich eine knappe Bestandsaufnahme zum aktuellen Status quo der Parteienkooperation an, die bisherige Erfolge – aber auch Misserfolge – der sozialdemokratischen Parteienfamilie einer kritischen Bilanz unterzieht. Den Abschluss des Beitrags bildet ein kur-

zer Ausblick auf die Perspektiven der grenzüberschreitenden Parteienzusammenarbeit im europäischen Raum.

I. Entwicklungslinien: Sozialdemokratische Parteienzusammenarbeit im 19. und 20. Jahrhundert

Die Botschaft des Kommunistischen Manifests von 1848 übte auf die Arbeiterbewegungen in Europa prägende Wirkung aus: Feindbildern wie dem Nationalismus, dem Kapitalismus und einer von Klassengegensätzen zersetzten Gesellschaft wurde in den sich herausbildenden Industriestaaten des 19. Jahrhunderts die zivilisierende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft mit einem sozialeren und friedlicheren Antlitz gegenübergestellt. Der Weg zum Sozialismus führte – wie im Schlusssatz des Manifests symbolträchtig gefordert wurde – über die Vereinigung der „Proletarier aller Länder“ (Dowe/Klotzbach 2004: 85). Obwohl diese Formel von einer nationenübergreifenden politischen Einheit des Proletariats zum Sinnbild der Arbeiterbewegung wurde, war man sich unter den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien einig, dass der Kampf gegen den Kapitalismus zunächst in den einzelnen Nationalstaaten geführt werden müsste. Bereits im Kommunistischen Manifest wurde, was heute vielfach übersehen wird, konstatiert, dass „der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler [sei]. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ (Ebd.: 66) Erst wenn alle Nationen diesen Kampf erfolgreich bestreiten, so die im 19. Jahrhundert verbreitete Annahme, könne das universelle Prinzip des Sozialismus erreicht werden, das zur „Befreiung“ der Menschheit führe.

I.1. Von den Anfängen sozialdemokratischer Parteienkooperation bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Ungeachtet dieser Grundannahmen stellten politische Parteien bereits in ihrer Gründungsphase zur Mitte des 19. Jahrhunderts Gedanken zur Notwendigkeit an, über nationale Grenzen hinweg miteinander zu kooperieren. In diesem Zusammenhang kommt den Arbeiterparteien besondere Bedeutung zu, während liberale oder konservative Parteien erst weitaus später in nennenswertem Ausmaß transnationale Kooperationsstrukturen entwickelten. Bereits der 1863 von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) – der als erste dauerhafte Arbeiterpartei ei-

nen wichtigen Vorläufer der SPD darstellt – betonte auf seiner 1864 abgehaltenen Generalversammlung die Bedeutung grenzüberschreitender Kontakte mit den Worten: „Zu den Arbeiterbewegungen außerdeutscher, europäischer Länder stellen wir uns freundlich, wenn dieselben auf die Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtet sind. (...) Mit vorzüglichem Interesse folgen wir den Arbeiterbewegungen Englands und Frankreichs, namentlich des letzteren Landes, weil daselbst nicht nur die Entwicklung der Industrie hoch gediehen ist, sondern auch der Kampf der Klassengegensätze in sehr reiner Form und darum mit einer Logik, welche deutlich zutage tritt, vor sich gegangen ist.“ (Schröder 1910: 209.)

Ganz so einfach wie diese hehre rhetorische Bekundung stellte sich der politische Alltag jedoch nicht dar. Noch im selben Jahr wurde in London die Internationale Arbeiterassoziation gegründet, die unter der Bezeichnung „Erste Internationale“ in die Geschichte eingegangen ist. Mit ihr wurde das Ziel verfolgt, eigene Organisationsstrukturen von sozialistischen Bewegungen – jenseits des Nationalstaats – aufzubauen. Das in den Statuten der Ersten Internationale definierte Ziel, mit dieser Form der Zusammenarbeit die „Verbindung und Kooperation zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden (...) Arbeitergesellschaften“ zu forcieren, zeigte jedoch nicht die erhofften Ergebnisse. Nach wenigen Jahren scheiterte die Erste Internationale sang- und klanglos an den unüberbrückbaren programmatischen und strategischen Gegensätzen innerhalb der Arbeiterbewegung. Nicht zuletzt die Konflikte zwischen Karl Marx und den Anarchisten hatten dabei eine zentrale Rolle gespielt. Zwischen 1872 und 1876 löste sich die von theoretischen Richtungskämpfen zerrissene Erste Internationale auf.

Der im Juli 1889 in Paris – in Anlehnung an den 100. Jahrestag der Französischen Revolution – eingeleitete Versuch einer Zweiten sozialistischen Internationale wurde zwar von weitaus stärker organisierten Parteien unternommen, begann aber kaum vielversprechender. Die politischen Debatten zeigten, dass die beteiligten sozialdemokratischen Parteien allenfalls eine diffuse Grundüberzeugung zu teilen schienen: Unabhängige Arbeiterparteien sollten zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter mit politischen Mitteln kämpfen: sei es durch schrittweise Reformen, sei es durch die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Jenseits dieses kleinsten gemeinsamen Nenners dominierten jedoch weiterhin politische Gegensätze, so dass die Zweite Internationale kaum mehr war als ein loser Zusammenschluss von unabhängigen Parteien, die verschiedene Strömungen des Sozialismus repräsentierten. An der Wende zum 20. Jahrhundert kristallisierte sich allerdings immer deutlicher die Einsicht heraus, dass eine schlagkräftigere internationale Organisa-

tion im Emanzipationskampf der Arbeiter unverzichtbar sei. Vor diesem Hintergrund rang man sich dazu durch, dauerhaftere institutionell-organisatorische Formen für die Sozialistische Internationale zu etablieren: Neben einem alle zwei Jahre stattfindenden Internationalen Kongress – eingeteilt in nationale Sektionen – wurde nun auch ein ständiges Internationales Sozialistisches Büro mit zwei Delegierten pro Land sowie ein Exekutivkomitee und ein Sekretariat mit Sitz in Brüssel eingerichtet.

In den folgenden Jahren rückten die Internationalen Kongresse immer stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Zugleich dokumentierten sie aber auch das wachsende Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen nationalen Arbeiterbewegungen, das in einem ständigen Loyalitätskonflikt zwischen Nationalstaat und Internationalismus zum Ausdruck kam. Wie kontrovers sich das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlicher und internationaler Weltanschauung präsentierte, zeigte der rhetorische Schlagabtausch während des Amsterdamer Kongresses 1904: Der französische Sozialistenführer Jean Jaurès und der SPD-Vorsitzende August Bebel vertraten sich gegenseitig ausschließende Positionen über die Frage der Zusammenarbeit mit Repräsentanten der bürgerlichen Klasse. Auch der erste auf deutschem Boden abgehaltene Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart – der eine Woche lang insgesamt 884 Delegierte aus 25 Ländern zusammenführte – machte deutlich, dass der Graben zwischen internationalen Bekundungen und nationalstaatlichen Handlungsorientierungen nur schwer zu überwinden war.

Dennoch wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der Internationale bis 1914 immer wieder heruntergespielt und von der gemeinsamen Kritik am Kapitalismus übertönt. Erst der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 markierte den Bruch. Während auf den geplanten Wiener Sozialistenkongress verzichtet und das von den Arbeiterbewegungen zuvor einander gegebene Versprechen, im drohenden Kriegsfall für den Frieden einzutreten, stillschweigend fallen gelassen wurde, akzeptierten die nationalen Arbeiterbewegungen die Mobilisierung. Mehr noch: Sowohl die deutsche als auch die französische Arbeiterpartei stimmte den Kriegskrediten im Parlament zu. In dieser Ausnahmesituation identifizierten sich Sozialdemokraten und Sozialisten weitgehend mit ihren jeweiligen kriegsführenden Nationalstaaten, so dass die Loyalität dem eigenen Vaterland galt, nicht aber der politischen Internationalität.

Die Historikerin Helga Grebing hat stets darauf verwiesen, dass mit „den Sozialdemokraten“ zu diesem Zeitpunkt in erster Linie die europäischen Arbeiterbewegungen gemeint gewesen sind. Es

gilt zu berücksichtigen, dass die „Welt“ an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert in erster Linie eurozentrisch war, trotz wachsender Bedeutung der USA und Lateinamerikas. Die weiteren Weltregionen spielten zu diesem Zeitpunkt nicht als eigenständiges Subjekt, sondern allenfalls als koloniales Objekt europäischen Handelns eine Rolle. Gerade wegen dieser eurozentrischen Dominanz besaß der Gedanke der europäischen Integration in der Arbeiterbewegung bis 1914 aber nur eine untergeordnete Bedeutung: Die sozialdemokratischen Parteien dachten weitgehend international. Parteipolitisch motivierte Europadiskurse sind für den Zeitraum bis 1918 kaum auszumachen. Wenn das Thema europäische Einheit von sozialdemokratischen Politikern oder Parteien überhaupt einmal behandelt wurde, dann eher im Sinne wirtschaftlicher Kooperation und mit dem Ziel, Zollbarrieren und Handelsgrenzen zu überwinden. Dass der sozialdemokratische Vordenker Karl Kautsky im April 1911 „die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer“ – mithin „die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa“ – explizit als „Garantie für eine ständige Fortdauer des Friedens, die das Gespenst des Krieges für immer bannte“, hervorhob, stellte unter exponierten Parteivertretern eine Ausnahme dar (Kautsky 1911: 105). Diese Sonderstellung wird auch von Rosa Luxemburgs Reaktion auf Kautskys Vorstoß untermauert. Sie erwiderte, dass „diese Idee jedenfalls in der Parteiagitation ganz neu ist. Weder enthält unser Minimalprogramm auch nur eine Erwähnung einer solchen Konstruktion, noch haben sich je unsre Parteitage oder internationale Kongresse damit befasst, noch ist sie auch nur in der Parteiliteratur je ernstlich diskutiert worden. Und es hat gewiss sein Missliches, wenn solche ad hoc, gewissermaßen aus dem Handgelenk geschaffenen Einfälle, die starke Züge eines Verlegenheitsprodukts an sich tragen, von der Tribüne des Parlaments offiziell im Namen der Gesamtpartei befürwortet werden.“ (Luxemburg 1972: 499f) Während des Ersten Weltkriegs verschwand der Gedanke europäischer oder internationaler Parteienkooperation dann vollständig von der Agenda.

I.2. Grenzüberschreitende Parteieninteraktion zwischen der Weimarer Republik und dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Wie stark der Erste Weltkrieg das internationalistische Bekenntnis der Sozialdemokratie erschüttert hatte, zeigte sich in den 1920er Jahren. Das Vertrauen in die internationale Solidarität war so nachhaltig in Frage gestellt, dass viele belgische und französische Sozialdemokraten zunächst nichts

mehr mit ihren deutschen oder österreichischen Parteigenossen zu tun haben wollten – und umgekehrt. Der deutsch-britische Historiker Stefan Berger hat herausgearbeitet, dass es sozialdemokratischen Mittlern, die vor allem aus England kamen, nur mit Mühe gelang, den Internationalismus der Vorkriegszeit neu zu beleben. Im Jahr 1923 wurde die Zweite Internationale als Sozialistische Arbeiterinternationale (SAI) in Hamburg wieder gegründet. Wie vor dem Krieg dienten die regelmäßigen Treffen und die internationalen Sozialistenkongresse in erster Linie als ein Forum zum Meinungsaustausch.

Doch auch in den 1920er Jahren blieben die Gegensätze unübersehbar. Eine Verständigung auf gemeinsame programmatische Inhalte gelang nur bei allgemeinpolitischen Themen wie etwa der demokratischen und sozialen Grundorientierung. Wenn es aber galt, bei spezifischen Fragen schnell und konsequent einhellig Positionen zu beziehen, differierten die Ansichten der sozialdemokratischen Parteien weiterhin beträchtlich. Anders als unter den von Moskau aus gesteuerten Parteien der 1919 von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) dominierten unter den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas immer wieder unterschiedliche nationale Standpunkte.

Dennoch bahnte sich in den 1920er Jahren unter den Sozialdemokraten ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit transnationaler Kooperation seinen Weg. Zunehmende persönliche Kontakte und verstärkte Reiseaktivitäten trugen ebenso wie die Zusammenarbeit in der Parteipresse oder Hilfs- und Unterstützungsaktionen dazu bei, sozialdemokratisches Denken jenseits des Nationalstaats weiter zu verankern. Die transnationalen Kontakte fanden dabei sowohl bilateral, zwischen einzelnen Parteien, als auch im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale statt. In der Regel nahm dabei das Führungspersonal der Parteien, das auf nationaler Ebene wichtige Partei- und oft auch Ministerämter inne hatte, die Kontaktfunktion wahr. Neben den sozialdemokratischen Parteien arbeiteten aber auch die politisch nahe stehenden Gewerkschaftler zunehmend enger miteinander. Willy Buschak hat eingehend beschrieben, dass die europäischen sozialdemokratischen Gewerkschaftler ihre eigene Internationale hatten; viele Industriegewerkschaften etablierten darüber hinaus noch transnational und nach Industrien organisierte Zusammenschlüsse.

Im Rahmen dieser zunehmenden grenzüberschreitenden Kontakte rückte nun auch die europäische Integration stärker ins Blickfeld. In der Weimarer Republik fanden – nach dem erbitterten Widerstand gegen den als Diktat betrachteten Versailler Vertrag und die Ruhrbesetzung – die Stimmen

derer zunehmendes Gehör, die für einen europäischen Zusammenschluss eintraten, auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Symbolträchtig stellte die SPD ihre Unterstützung des Europagedankens nach den Locarno-Verträgen mit der Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ im Heidelberger Programm von 1925 unter Beweis. Trotz der friedensstiftenden Bedeutung, die einem vereinten Europa zugeschrieben wurde, dominierten unter den deutschen Sozialdemokraten zunächst aber unverändert wirtschaftliche Motive und Argumente den Europagedanken. Auch im Heidelberger Programm ist von einer „aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene[n] Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit“ (Dowe/Klotzbach 1990: 203) die Rede.

Der politischen Einigung Europas wurde ebenso wie der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen von sozialdemokratischer Seite eine gewisse Skepsis entgegengebracht wie u.a. die vielfach geäußerte Kritik am Völkerbund als französisch-englisches Instrument zur Niederhaltung Deutschlands belegt. Angesichts der zahlreichen Konfliktherde der Weimarer Republik spielte die Außen- und Europapolitik für die SPD in den 1920er Jahren aber insgesamt betrachtet lediglich eine untergeordnete Rolle. Nur wenige sozialdemokratische Politiker besaßen ein so ausgeprägtes außenpolitisches Profil wie Rudolf Breitscheid, der vor allem die deutsch-französischen Beziehungen als Seismografen europäischer Annäherung betrachtete. Infolgedessen kann es auch nicht verwundern, wie Stefan Feucht in seiner grundlegenden Studie über die Außenpolitik der SPD schlussfolgert, dass die Partei in den 1920er Jahren kein eigenständiges europapolitisches Programm entwickelte, das über die Unterstützung der Politik des langjährigen liberal-konservativen deutschen Außenministers Gustav Stresemann (DVP) hinausging. Im Gegenteil: Der weitgehendste Versuch europäischer Einigungsbemühungen in den 1920er Jahren – die Europa-Initiative des französischen Außenministers Aristide Briand vor dem Völkerbund im September 1929 – rief nur begrenzt zustimmende Resonanz unter den deutschen Sozialdemokraten hervor.

Die nationalsozialistische Machtergreifung erschütterte im Jahr 1933 die eingespielten Formen sozialdemokratischer Parteienkooperation in ihren Grundfesten. Die organisationsstarke deutsche Sozialdemokratie verlor binnen weniger Wochen alle Möglichkeiten freier politischer Betätigung. Zahlreiche Parteigenossen waren gezwungen, Zuflucht im vor allem tschechoslowakischen, niederländischen, britischen oder französischen Exil zu suchen. Doch auch in dieser Konstellation erwiesen sich die transnationalen Kooperationsstrukturen nur begrenzt als tragfähig. Es lag im Ermessen der einzelnen sozialdemokratischen Parteien Europas, eine neutrale Haltung gegenüber dem NS-Regime zu beziehen oder sich konsequent gegen Hitler auszusprechen – wie es die deutschen

Emigranten forderten. Vor allem im Umkreis der Sopade, der sozialdemokratischen deutschen Exilorganisation, warnte man die europäischen Mächte vor jedweden Zugeständnissen an das Dritte Reich und beschwor die Eindämmung einer potenziell grenzenlosen nationalsozialistischen Eroberungspolitik.

Die emigrierten Sozialdemokraten mussten jedoch die Erfahrung machen, dass ihre Warnungen vielfach ungehört verhallten. So unterstützten die französischen Sozialisten das Münchner Abkommen, mit dem Hitlers Machtstreben einmal mehr keine Grenze gesetzt wurde. Nicht zuletzt weil man von sozialdemokratischer Seite aus auf ein massives und selbstbewusstes Auftreten verzichtete, blieb der Einfluss der emigrierten Deutschen auf die öffentliche Meinung des Auslands gering. Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass die Sozialistische Arbeiterinternationale im Frühjahr 1940 sich erneut – wie bereits 1914 – sang- und klanglos auflöste. Von transnationaler Zusammenarbeit im Geiste des internationalen Sozialismus konnte im Exil des Zweiten Weltkriegs weniger als je zuvor die Rede sein.

Trotz begrenzter Artikulationsmöglichkeiten gewann der Europagedanke aber gerade in den Exil- und Widerstandsjahren des Zweiten Weltkriegs weiter an Bedeutung. Angesichts der fast allerorten in Europa erfahrbaren Schrecken von Diktatur und Krieg distanzieren sich die Sozialdemokraten vom Machtstaatsgedanken und orientieren sich – deutlicher als in der Weimarer Republik – an den Formen multilateraler Friedenssicherung. Ins Zentrum rückte dabei die Zielvorstellung eines weltweiten Sicherheitssystems, die eng mit der Idee von der föderativen Neuordnung Europas verknüpft wurde: Der klassische Nationalstaat sollte überwunden und Deutschland stärker in supranationale Strukturen eingebunden werden.

I.3. Parteienzusammenarbeit von der Gründung der Montanunion bis zum Maastrichter Vertrag

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann ein neuer Zeitabschnitt. Die Bedingungen transnationaler Parteienzusammenarbeit veränderten sich nicht nur durch das Ende der faschistischen Herrschaft, die für zahlreiche Parteien in Europa aufgrund von Verfolgung, Unterdrückung oder Exil kaum freie Betätigungsmöglichkeiten erlaubt hatte, sondern auch durch die Etablierung von supranationalen Institutionen auf europäischer Ebene. Die Anziehungskraft des Europagedankens in der Nachkriegszeit zeigte sich auch bei der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von

Europa (MSEUE), die 1947 von sozialistischen Parteiführern und Intellektuellen gegründet worden war.

Besondere Bedeutung kommt der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zu, die 1952 nicht nur zum Nukleus des Europäischen Parlaments, sondern auch zum Kern der europäischen Parteienzusammenarbeit avancierte. Die mit der EGKS neu anbrechende Zeitphase realer Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene führte im Gefolge der Vertiefungs- und Erweiterungsprozesse der Gemeinschaften – 1958 folgten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Atomgemeinschaft – zu lockeren, aber dauerhaften Kooperationsstrukturen sowie einer immer stärkeren programmatischen Bezugnahme auf den europäischen Einigungsprozess.

Die deutsche Sozialdemokratie tat sich mit dieser Entwicklung anfänglich jedoch sehr schwer. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte es zunächst so ausgesehen, als würde die europäische Einigung zum zentralen außenpolitischen Leitbild der SPD werden. In den politischen Leitsätzen des Parteitag in Hannover 1946 wurde die Zielsetzung mit Nachdruck und den Worten bekräftigt: „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.“ (Schumacher 1946: 47.) Hatte die SPD diese Verlautbarung mit ihrer Zustimmung zum Marshall-Plan noch untermauert, so geriet sie zum Ende der 1940er Jahre immer stärker in den Ruf, der europäischen Einigung distanziert bis skeptisch gegenüberzustehen – ein Image, das der deutschen Sozialdemokratie über die Stationen „Ruhrstatut“, „Europarat“, „Montanunion“, „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ bis weit in die 1950er Jahre anhaften sollte, da die SPD all diese Kooperationsanstrengungen ablehnte.

Aufgrund ihres traditionellen Bekenntnisses zur internationalen Verständigung konnte die SPD zwar für sich in Anspruch nehmen, seit jeher eine entschiedene Verfechterin des Europagedankens zu sein. Da aber namentlich Kurt Schumacher, der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD, den Gedanken der Gleichberechtigung Deutschlands zunehmend in den Vordergrund rückte und auf das klassische europäische Gleichgewichtskonzept unabhängiger Nationalstaaten setzte, waren innen- wie außenpolitische Irritationen nicht zu vermeiden. Zurückzuführen war dies nicht zuletzt auf den Umstand, dass der sozialdemokratische Parteichef einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen

deutscher Wiedervereinigung und europäischer Integration herstellte. Erst die Vereinigung Deutschlands würde, so Kurt Schumacher, die Überführung dieses Gebildes in eine europäische Gemeinschaft erlauben. Auf eine Kurzformel zusammengefasst lautete die Prioritätenfolge der Schumacher-SPD bis weit in die 1950er Jahre hinein: deutsche Einheit vor europäischer Integration. Aus dieser Formel resultierte jedoch ein zentrales Problem für die Sozialdemokratie: Ohne unmittelbare reale Wiedervereinigungsperspektive blieben die grundsätzlich integrationsfreundlichen Aussagen der SPD weitgehend belanglos. Dies um so mehr, weil vom sozialdemokratischen Parteichef selbst kaum Aussagen zur konkreten Ausgestaltung eines europäischen Zusammenschlusses gemacht wurden.

Erst durch die Alltagsarbeit der Sozialdemokraten in der EKGS-Versammlung und durch die Zustimmung der Partei zu den Römischen Verträgen gewann die SPD zum Ende der 1950er Jahre wieder ein integrationsfreundlicheres Ansehen. Die außen- und europapolitische Öffnung der Partei wurde personell zunächst vom neuen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer, später vor allem von Herbert Wehner und Willy Brandt verkörpert. Letzterer, seit 1966 Außenminister in der Großen Koalition und seit 1969 als Kanzler der sozialliberalen Koalition, war maßgeblich an der Beendigung der europäischen Dauerkrise der europäischen Integration in den 1960er Jahren beteiligt. Wie die Essener Integrationsforscherin Claudia Hiepel zusammenfassend formuliert, durchlebte die als „integrations skeptische Partei in den 1950er Jahren“ gestartete Sozialdemokratie „in den 1960er Jahren eine Metamorphose zur europhilen Partei“ (Hiepel 2006: 274). Als Regierungspartei der 1970er Jahre erlangte die SPD sogar das Image eines Musterschülers der europäischen Integration.

Dieser Kurswechsel schlug sich auch in den transnationalen Kooperationsstrukturen der Partei nieder, die sich mit dem Bedeutungszuwachs der europäischen Integration weiter ausdifferenzierten. Auffallend ist dabei, dass der bilateralen Zusammenarbeit nur begrenzte Bedeutung zukam, während der Kooperation in der SPE – dem Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien Europas – und ihren Vorläufern wachsende Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das Beispiel der von Tanja Wielgoss eingehender untersuchten Kooperation zwischen der deutschen SPD und der französischen SFIO (Section française de l'internationale ouvrière) bzw. der aus ihr hervorgegangenen Parti socialiste vermag dies zu verdeutlichen: Während die französische Arbeiterpartei nach dem Zweiten Weltkrieg und bis weit in die 1960er Jahre eine pragmatisch-positive Einstellung in der Europapolitik bezog, setzte eine integrationsfreundlichere Haltung der SPD erst zum Ende der 1950er Jahre mit dem Kurswechsel in der Deutschland- und Außenpolitik ein. Verfestigte Interaktions-

strukturen zwischen beiden Parteien existierten in dieser Zeitphase nicht. In den 1970er Jahren veränderten sich indes die inhaltlichen Positionen. Nunmehr zeigte sich die SPD weitaus integrationsoffener als ihre französische Schwesterpartei, die unter Mitterand beträchtliche Gegensätze zwischen den einzelnen Flügeln ausbalancieren musste und zudem als Oppositionspartei die Koalition mit den Kommunisten suchte. Erst in den 1980er Jahren, im Gefolge der Direktwahlen zum Europäischen Parlament, näherten sich beide Parteien wieder schrittweise an. Die PS betrieb jedoch eine aktivere Europapolitik und präsentierte sich in den 1990er Jahren als Vorreiterin der Devise eines „sozialen Europas“, die als Gegenpol zum Binnenmarktprogramm formuliert wurde. Zunehmend intensivere Kontakte beider Parteien waren auf die Initiative einzelner Politiker, insbesondere aus der Führungsriege, zurückzuführen, jedoch nicht dauerhaft angelegt. Dies zeigte sich, als infolge zahlreicher personeller Wechsel in den Parteiführungen Kooperationsaktivitäten immer wieder verebbten. Die Beziehungen zwischen PS und SPD blieben auf eine Kontaktstufe begrenzt. Eine regelmäßige oder gar dauerhafte institutionalisierte Kooperation wurde nie erreicht. Die Anzahl der Treffen war gering, gemeinsame Stellungnahmen blieben eine Ausnahme oder Begegnungen wurden von vornherein lediglich mit dem Ziel eines unverbindlichen Informationsaustausches anberaumt. Der größte gemeinsame Nenner beider Parteien blieb ihre Schwierigkeit, Wähler für spezifisch europäisch ausgerichtete Forderungen zu mobilisieren.

Anders als die weitgehend zufälligen und unsystematischen bilateralen Parteienkontakte stellte sich die Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Sozialistischen Internationale und in der SPE – bzw. ihrer Vorläufer – dar. Den Nukleus der nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommenen Parteienkooperation der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteienfamilie bildete das im Mai 1946 im südenglischen Clacton-on-Sea gegründete Socialist Information and Liaison Office (SILO), aus dem 1947 das Committee of Internationalist Socialist Conferences (COMISCO) wurde. Aus dieser Organisation ging nach mehreren Treffen die 1951 in Frankfurt (wieder)gegründete Sozialistische Internationale (SI) hervor. Obgleich hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber dem Kapitalismus einerseits und dem Kommunismus andererseits weitgehende Einhelligkeit unter den sozialdemokratischen Parteien herrschte, stellte die SI angesichts weiterhin bestehender politischer Differenzen wie in den Jahrzehnten zuvor vor allem allenfalls ein Kommunikationsforum dar. Programmatische Entscheidungen blieben infolgedessen auf Grundsatzserklärungen beschränkt, in denen Differenzen nicht zum Ausdruck kamen.

In Abgrenzung zu den Jahren bis 1940 entwickelte die Sozialistische Internationale in den 1950er Jahren aber ein neues Profil in der Zusammensetzung und Ausrichtung. Da die Mehrzahl ihrer Parteien nicht mehr aus Europa, sondern aus außereuropäischen Staaten stammte, hatte die SI nunmehr einen stärker internationalen und weltumspannenden Charakter. Dies spiegelte sich auch in der thematischen Orientierung wider. Der Nord-Süd-Konflikt und Fragen der Entwicklungspolitik spielten eine zunehmend wichtigere Rolle in der Sozialistischen Internationale. Nicht zuletzt Willy Brandt widmete als Präsident der SI (1976-1992) diesen Themen besondere Aufmerksamkeit.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurden sowohl inhaltliche als auch organisatorische Fragen der europäischen Integration zunehmend von der Arbeit der SI abgetrennt. Bereits anlässlich der Verhandlungen über die Montanunion zu Beginn der 1950er Jahre war eine eigene Studien-Gruppe zur europäischen Integration eingesetzt worden. Aus ihr entstand in der Folge ein European Committee, das engere Verbindungslinien zwischen der Sozialdemokratischen Fraktion in der EGKS und den nationalen Parteien gewährleisten sollte. Im Jahr 1957 wurde aus dem European Committee dann das Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Liaison Bureau of the Socialist Parties of the European Community). Von diesem Büro gingen rege Bemühungen aus, die transnationale Parteienzusammenarbeit in Europa weiter zu forcieren. Alle zwei Jahre fanden Kongresse der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel der programmatischen Annäherung statt. Ein erster Höhepunkt dieses Prozesses war das 1962 auf dem Fünften Kongress verabschiedete Gemeinsame Aktionsprogramm, das in der Präambel die Absicht betonte, dass die „sozialdemokratischen Parteien des sich vereinigenden Europa (...) in ihrem Kampf um die Verwirklichung einer europäischen Rechtsordnung, die in geistiger Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gründet“, sich zu einer „festen Einheit“ zusammenschließen (Flechtheim 1963, S. 300ff). In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bezog das Aktionsprogramm indes nur recht vage Position. Einhergehend mit den politischen Krisensymptomen der Gemeinschaft seit Mitte der 1960er Jahre geriet auch die sozialdemokratische Parteienkooperation ins Stocken. Im Jahr 1974 gelang es lediglich einen lockeren „Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ ins Leben zu rufen – jedoch nicht, wie zunächst geplant, eine schlagkräftige europäische Partei. An der Spitze des Bundes stand mit dem Deutschen Wilhelm Dröscher ein erklärter Befürworter der europäischen Integration.

Neben dem Drängen der Sozialistischen Internationale auf eine stärkere Zusammenarbeit im europäischen Kontext hatten vor allem die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament Anreize zur Gründung von Parteienbünden und zur Formulierung gemeinsamer Wahlplattformen ausgeübt. Im Gefolge der Direktwahlen zum Europäischen Parlament und der Vertiefung der europäischen Integration nahm die sozialdemokratische Parteienzusammenarbeit in Europa weiter an Intensität zu. Der 1974 gegründete „Bund der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien Europas“ konstituierte sich 1992 als „Sozialdemokratische Partei Europas“ (SPE) neu. Die Entwicklung dieser Parteiorganisation zeigte ein rasches Wachstum. Im Jahre 2006 umfasste die SPE mit 28 Vollmitgliedsparteien aus einer gleichen Anzahl von Staaten auch Parteien aus Ländern außerhalb der Europäischen Union. Hinzu kamen fünf assoziierte und vier beobachtende Parteien. Ihr Pendant besitzt die Sozialdemokratische Partei Europas in der SPE-Fraktion des Europäischen Parlaments.

Nimmt man an dieser Stelle eine erste Bilanz der sozialdemokratischen Parteienkooperation vor, so ist festzuhalten, dass die Parteienfamilie der Sozialdemokraten und Sozialisten die mit Abstand ältesten Kooperationsstrukturen in der Geschichte aufweist. Bereits zur Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden hier erste Interaktionsformen, die indes aufgrund der vielfach unterbrochenen und nur begrenzt institutionalisierten Kooperationsanstrengungen sowie zahlreicher politischer und programmatischer Gegensätze eher einem lockeren Meinungs-austausch dienten als zu gemeinsamen politischen Entscheidungen führten. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs führte die Zusammenarbeit auch zu einer stärker auf die europäische Integration ausgerichteten Kooperation. Die im Rahmen des Bunds der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien Europas realisierte Zusammenarbeit verkörpert die seither weltweit am stärksten institutionalisierte Form sozialdemokratischer Parteieninteraktion. Von Koordinationszentren und Verbindungsbüros in den 1950er und 1960er Jahren, über Parteienbünde in den 1970er und 1980er Jahren bis hin zu den so genannten Parteien auf europäischer Ebene in den 1990er Jahren hat sich diese Form der Parteienzusammenarbeit als neue Dimension etabliert – auch in den anderen Parteienfamilien. Welche Bedeutung der Kooperation von politischen Parteien in diesem Rahmen zukommt, wird im folgenden Kapitel eingehender betrachtet.

II. Bestandsaufnahmen: Erfolge und Grenzen transnationaler Parteienkooperation zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Knapp ein Jahr nach Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht wurde am 9. und 10. November 1992 die „Sozialdemokratische Partei Europas“ gegründet. Wie schwierig diese „Geburt“ war, verdeutlicht beispielhaft die Auseinandersetzung um den Parteinamen. Statt auf die ursprünglich diskutierte einheitliche Bezeichnung „Europäische Sozialistische Partei“ verständigte man sich auf eine Lösung, die Einheit wie Pluralität zugleich zum Ausdruck brachte. Die Namensgebung lässt bewusst Unterschiede zwischen einzelnen Sprachen zu: Im englischsprachigen Raum nennt sich die Parteiorganisation „Party of European Socialists“ (PES), auf französisch „Parti socialiste européen“ (PSE) und auf deutsch „Sozialdemokratische Partei Europas“ (SPE).

Die Mitgliedsstaaten der Union hatten sich im Maastrichter Vertrag darauf geeinigt, die Bedeutung der Parteien auf europäischer Ebene stärker herauszustreichen. Infolgedessen nahmen sie einen Passus (Art. 191 EG-V, ex. Art. 138a) in das Vertragswerk auf, in dem Parteien als wichtiger Faktor der Integration bezeichnet werden: „Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“ Wie aber wird dieser Anspruch mit Blick auf die Realitäten der sozialdemokratischen Parteienkooperation strukturell und programmatisch eingelöst?

Ebenso wie die anderen Parteienfamilien hat auch die SPE mittlerweile ein differenziertes Organisationsgerüst etabliert. Das oberste Beschluss fassende Organ ist der alle zwei Jahre tagende Kongress. Er setzt sich aus dem Vorstand und einer bestimmten Anzahl von Delegierten zusammen, die sich nach der Stärke der Fraktion im Europäischen Parlament (EP) richtet, aber auch der Größe der Mitgliedstaaten Rechnung trägt. Dem Kongress obliegen die Festlegung der Parteistatuten und der politischen Leitlinien, die Verabschiedung eines gemeinsamen Wahlprogramms und die Wahl des Vorstands. Vertreter aller Mitgliedsparteien gehören dem Vorstand an. In der SPE stellt jede Partei ein Mitglied – d.h. Deutschland ebenso viele Mitglieder wie Malta. Hinzu kommen je ein Vertreter für die Fraktionen im EP und im Ausschuss der Regionen sowie ein Repräsentant der Frauen- und der Jugendorganisation. Vorsitzender der SPE ist seit April 2004 der ehemalige dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen. Der zunehmend an Relevanz gewinnenden Konferenz der Partei- und Regierungschefs kommt nach den Statuten keine Entscheidungskompetenz zu. In der Praxis dient sie aber – insbesondere im Vorfeld von Sitzungen des Europäischen Rates – als wichtiger Im-

pulsgeber. Ergänzt wird die Konferenz der Partei- und Regierungschefs in jüngerer Zeit um Treffen der Fachminister der einzelnen SPE-Mitgliedsparteien.

Die praktische Arbeit der SPE konzentriert sich ähnlich wie bei den anderen europäischen Parteiorganisationen auf die Ausarbeitung von Europawahlprogrammen, auf die Schwerpunktsetzung für die Arbeit der Fraktionen im Europäischen Parlament, auf Absprachen zwischen einzelnen Mitgliedsparteien sowie auf die Information der Medien. Inhaltliche Schwerpunkte setzte die SPE – zuletzt in ihrem 2004 verabschiedeten Europawahlmanifest „Gemeinsam werden wir stärker“ – auf die Steigerung des Wirtschaftswachstums und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf die Vertiefung der sozialen Integration, auf die Förderung Europas als Raum der Demokratie und Gleichberechtigung sowie auf den Aufbau einer nachhaltigeren, friedlicheren und gerechteren Welt. Mit Blick auf den Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa kommt zudem seit längerem eine „Brückenfunktion“ für Partieneugründungs- und Stabilisierungsprozesse in den osteuropäischen Transformationsstaaten hinzu.

Ungeachtet dieser Bandbreite von Aktivitäten dürfen aber deutliche Leerstellen nicht übersehen werden: Die SPE spielt ebenso wenig wie ihre Schwesterorganisationen in den anderen Parteienfamilien bei der Vergabe von wichtigen Ämtern in der Gemeinschaft oder bei der Kandidatenaufstellung für Wahlen zum Europäischen Parlament eine wahrnehmbare Rolle. Darüber hinaus obliegen auch Konzeption und operative Durchführung der EP-Wahlkämpfe nach wie vor nationalen Parteien. Und auch hinsichtlich ihres Einflusses auf die Arbeit von anderen europäischen Institutionen – insbesondere von Rat und Kommission – wird die Rolle von europäischen Parteien nur in Ausnahmefällen erwähnt.

Trotz des Bedeutungszuwachses von Parteiorganisationen auf europäischer Ebene zeigt sich, dass nationale Parteien unverändert das institutionelle Rückgrat eines sich herausbildenden europäischen Parteiensystems darstellen. In zunehmendem Maße orientieren sich zwar auch die nationalen Parteien auf die europäische Ebene hin – sie stoßen dabei aber immer wieder an Grenzen. Vergleicht man die Aufmerksamkeit, die Regierungen, Verwaltungen, Regionen oder auch Interessensgruppen der europäischen Integration zuwenden, mit derjenigen von Parteien, ist eine deutliche Asymmetrie nicht zu übersehen. Der Umfang und die Tiefe an Orientierung gegenüber der Brüsseler – oder Straßburger – Ebene variiert deutlich und ist bei den nationalen Parteien vergleichsweise schwach ausgeprägt. Vor allem die Parteiführung der SPD, die angesichts innerparteilich fragmentierter

Strukturen ohnehin nur über begrenzte Steuerungsmöglichkeiten verfügt, besitzt nicht die notwendigen Ressourcen, neben dem Alltagsgeschäft auch dauerhaft die Europapolitik im Blickfeld zu haben. Einzelnen Akteuren – vor allem den Parteiführern – ist es dennoch immer wieder gelungen, in Einzelfällen richtungsweisende Entscheidungen mit Blick auf programmatische Positionen oder organisatorische Strukturen zur Europapolitik zu fällen. Diese Aktivitäten waren jedoch nicht strukturell verankert, erfolgten ad hoc und erzielten zumeist auch nur begrenzt öffentliche Resonanz wie die vom deutschen Parteivorsitzenden Kurt Beck und vom französischen Vorsitzenden François Hollande im Jahr 2007 gemeinsame präsentierte Erklärung „Zur Zukunft der Europäischen Union“ beispielhaft dokumentiert.

Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten sind ebenfalls nur begrenzt in der Lage, der Europapolitik größere Aufmerksamkeit im nationalen Raum zu verschaffen oder als Mittler zwischen nationaler und europäischer Ebene zu fungieren, da sie aufgrund ihrer Präsenz in Brüssel und Straßburg nur über ein begrenztes Zeitbudget verfügen und ihnen zudem der Zugang zu den nationalen Machtzentralen versperrt bleibt.

Zusammenfassend muss im Hinblick auf den gegenwärtigen Grad der sozialdemokratischen Parteienkooperation in Europa ein ambivalentes Bild gezeichnet werden. Die SPE hat ihre Interaktionsstrukturen vertieft und stellt mehr als nur ein unverbindliches Gesprächsforum dar. Als Bindeglied der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Union kommt ihr beträchtliche Bedeutung zu; zugleich wird sie aber nicht selten zum Spielball divergierender innenpolitischer Interessen. Unterscheiden sich nationale Positionen, wie etwa bei der Diskussion um den Euro geschehen, bleibt die Arbeit in der SPE angesichts des Zwangs zum Konsens auf Absprachen hinter den Kulissen begrenzt. Dies um so mehr, da parteiübergreifende Kooperationszwänge auf nationaler Ebene die ohnehin schwierige Herausbildung eigenständiger parteipolitischer Profile auf europäischer Ebene zusätzlich behindern.

III. Perspektiven: Transnationale Parteienkooperation im 21. Jahrhundert

Unübersehbar haben die vergangenen Jahrzehnte zu einer Verdichtung der Parteienkooperation geführt – mit Schwerpunkten eher auf den europäischen als den weltweiten Zusammenhängen. Bewegte sich die deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang in einem Spannungsfeld von internationaler, europäischer und nationaler Ebene, in dem Europa der geringste Stellenwert zukam, hat die

europäische Dimension erheblich an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung ist bisher jedoch nicht so weit gegangen, dass die einzelnen nationalen Parteien durch ihre Kooperation zu einer schlagkräftigen Partei auf europäischer Ebene verschmolzen sind. Die sozialdemokratische Parteienkooperation präsentiert sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts transnational. Eine europaweite Parteiorganisation im Sinne einer Vergemeinschaftung von Kompetenzen ist bisher weder entstanden noch zeichnet sie sich in Zukunft ab.

Dass sich auf europäischer Ebene bisher keine differenzierten und strukturierten Aktivitäten konkurrierender Parteien entwickelt haben, wird häufig als Grund für die fehlende Bürgernähe und Transparenz der Europäischen Union betrachtet. Da es an europaweit agierenden Parteien mangelt, wird dem doppelten Anspruch von kollektiver Interessenrepräsentation und Entscheidungslegitimation keine Rechnung getragen und immer wieder auf das Demokratieproblem der Europäischen Union verwiesen.

Kann die Zukunft hier Änderungen bringen? Aus wissenschaftlicher Perspektive deuten gegenwärtig nur wenige Anzeichen auf Änderungen. Die Aktivitäten der europäischen Parteiorganisationen zielen nur begrenzt auf die Vermittlung von Politik und auf Partizipation. Stattdessen dienen sie, neben der Ausarbeitung von Europawahlprogrammen, vor allem dem Informationsaustausch und der Politikkoordination im Sinne einer transnationalen Verständigung über die allgemeine Ausrichtung bestimmter Politikfelder und thematischer Schwerpunkte. Änderungen zeichnen sich hier nur schemenhaft ab. Dennoch sollen abschließend potenzielle Zukunftsszenarien beleuchtet werden. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der SPE – und der transnationalen Kooperationsstränge anderer Parteienfamilien – kristallisieren sich dabei drei Gesichtspunkte als besonders plausibel für die nahe Zukunft heraus:

1.) Im Hinblick auf die gemeinschaftliche Politikvermittlung in Grundsatzfragen ist es maßgeblich, ob Mehrheitsentscheidungen stärkere Akzeptanz als bisher finden werden. Bis heute haben die einzelnen Mitgliedsparteien der SPE Entscheidungen im allgemeinen Konsens bevorzugt. Die Ursache liegt in der Bandbreite des politischen Spektrums einer Parteienfamilie begründet, die dazu führt, dass selbst bei zentralen EU-Themen nur schwer Zustimmung zu einer spezifischen Position zu erlangen ist, andererseits aber eine Überstimmung einzelner nationaler Parteien vermieden werden soll. Eine stärkere Bereitschaft zu Mehrheitsentscheidungen kann die lange Suche nach Kompro-

missen, die noch dazu meist nur den kleinsten Nenner widerspiegeln, zumindest in Ansätzen überwinden.

2.) Eng verbunden mit diesem Aspekt ist die Frage, ob eine stärkere Anerkennung der europäischen Parteiorganisationen durch die nationalen Mitgliedsparteien gelingt und letztere bereit sind, die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen als verbindliche Beschlüsse anzuerkennen. In diesem Zusammenhang spielt nicht nur die stärkere Beteiligung der europäischen Parteiorganisationen an den EP-Wahlen, sondern auch das Engagement der nationalen Parteiführungen – die sich bisher einer stärkeren Beteiligung auf europäischen Ebene weitgehend entzogen haben – eine erhebliche Rolle.

3.) Schließlich bleibt zu beobachten, wie sich die vielfältigen und komplexen Wechselbeziehungen mit der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament gestalten. Aus Sicht der europäischen Parteiorganisationen erscheint es von zentraler Bedeutung, dass es gelingt, eine Art politischer „Leitlinienkompetenz“ gegenüber der Fraktion zu entwickeln, wie sie vielfach in den nationalen Systemen ausgeübt wird. Das politische System der Europäischen Union liefert hierfür jedoch nur begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten, weil die „Große Koalition“ im Europäischen Parlament von SPE und Europäischer Volkspartei detaillierte Absprachen zur Formulierung gemeinsamer Haltungen und Standpunkte vis-à-vis dem Rat erfordert. Da die nationalen Parteien, selbst diejenigen, die eine hohe Mandatszahl im Europäischen Parlament repräsentieren, kaum über direkten Einfluss auf die Fraktionen der gleichen Parteienfamilie verfügen, könnten hier Anreizstrukturen entwickelt werden, sich über die Koordinationsarbeit in den europäischen Parteiorganisationen einen verstärkten Einfluss auf die Fraktionen im Europäischen Parlament zu verschaffen.

Nicht zu unterschätzen bleibt bei aller Diskussion über Entwicklungsperspektiven jedoch, dass die letzten Dekaden es weitaus stärker als im 19. und 20. Jahrhundert vermocht haben, die sozialdemokratischen Parteien und Politiker einander näher zu bringen. Mit der sich verfestigenden transnationalen Parteienkooperation wird zunehmend Verständnis für anders gelagerte nationale Traditionen geweckt, Vertrauen geschaffen und das Fundament für eine europaweite Diskussion über die Ausgestaltung des weiteren Integrationsprozesses bereitet.

(Januar 2008)

*Dr. Jürgen Mittag (*1970) studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik an den Universitäten Köln, Bonn und Oxford. Von 1997 bis 2003 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln sowie zeitweilig zugleich auch externer Mitarbeiter des Instituts für Europäische Politik, Berlin. Seit 2003 ist Jürgen Mittag Akademischer Rat am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum. In dieser Funktion ist er u.a. als Geschäftsführer des Instituts für soziale Bewegungen und Geschäftsführer der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets tätig.*

Literaturempfehlungen

- Behring, Stefan: Zwischen Sozialismus und Demokratie: Europakonzeptionen des sozialdemokratischen Exils im Schatten transnationaler Parteienkonflikte, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 229-250.
- Bellers, Jürgen: Reformpolitik und EWG-Strategie der SPD. Die innen- und außenpolitischen Faktoren der europapolitischen Integrationswilligkeit einer Oppositionspartei (1957-63), München 1979, S. 53-91.
- Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild (Hg.): Europapolitik der Parteien. Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas, Frankfurt a. M. u.a. 1991.
- Beyme, Klaus von: Parteien in westlichen Demokratien, München²1984.
- Berger, Stefan: The British Labour Party and the German Social Democrats 1900-1931. A Comparative Study, Oxford 1994.
- Berger, Stefan: Internationalismus als Lippenbekenntnis? Die transnationale Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Zwischenkriegszeit, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 197-214.
- Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, 3 Bde., Hannover 1961-1971.
- Brummert, Ulrike: Jean Jaurès – Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Tübingen 1989.
- Buschak, Willy: Edo Fimmen. Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung. Eine Biografie, Essen 2002.
- Delwit, Pascal: Les partis socialistes et l'intégration européenne, Bruxelles 1995.

- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 42004.
- Drögemöller, Marc: Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945-1990, Berlin 2007.
- Ehmke, Claudia: Die Sozialdemokratische Partei Europas: Legitimationsvermittlerin für die Europäische Union?, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 557-578.
- Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), Frankfurt am Main u.a. 1998.
- Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963.
- Griffiths, Richard T. (Hg.): Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950's, Leiden 1993.
- Haupt, Georges: Der Kongress fand nicht statt, Wien u.a. 1967.
- Hiepel, Claudia: „Europa gehört keiner Partei“: Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 271-288.
- Hix, Simon/Leese, Urs: Shaping a Vision. A History of the Party of European Socialists 1957-2002, Brüssel 2002.
- Hrbek, Rudolf: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945-1957), Bonn 1972.
- Kautsky, Karl: Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Maifeier, in: Die Neue Zeit 30 (1911), S. 97-107.
- Ladrech, Robert/Marlière, Philippe: Social Democratic Parties in the European Union: History, Organization, Politics, Basingstoke 1999.
- Lodge, Juliet: The European Policy of the SPD, Beverly Hills/London 1976.
- Loth, Wilfried: Die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE), in: ders. (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950, Bonn 1990, S. 219–226.
- Loth, Wilfried: Wilfried Loth: Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik, in: Gabriele Clemens (Hg.): Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 203-219.
- Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Band 2, 1906 - Juni 1911, Berlin (Ost) 1972, S. 491-508.
- Maync, Tania M.: For a Socialist Europe! German Social Democracy and the Idea of Europe: Recasting Socialist Internationalism, 1900-1930, (= Diss. Chicago) 2006.

- Mittag, Jürgen/Helga Grebing: Im Spannungsfeld von nationalstaatlicher Politik und internationaler Weltanschauung: Annäherungen an die europäische Parteienkooperation vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 165-196.
- Nakai, Takeshi: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus, Bonn 1975.
- Ovey, Joey-David: Between Nation and Europe. Labour, the SPD and the European Parliament 1994-1999, Opladen 2002.
- Paterson, William E.: The SPD and European Integration, Lexington 1974.
- Ramuschkat, Dietmar: Die SPD und der europäische Einigungsprozeß. Kontinuität und Wandel in der sozialdemokratischen Europapolitik 1949-1955.
- Rogosch, Detlef: Vorstellungen von Europa. Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945-1957, Hamburg 1996.
- Schmitz, Kurt Thomas: Deutsche Einheit und Europäische Integration. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978.
- Schröder, Wilhelm (Bearb.): Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, München 1910.
- Schumacher, Kurt: Grundsätze sozialistischer Politik, Hamburg 1946.
- Stroh, Astrid: Die SPD im europäischen Einigungsprozess. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1989, Hamburg 2004.
- Wielgoß, Tanja: PS und SPD im europäischen Integrationsprozess. Vergleich der Europapositionen und Analyse der Interaktionsstrukturen der französischen und deutschen Sozialdemokraten 1989 bis 2001, Baden-Baden 2002.
- Wrynn, Patrick: The Socialist International and the Politics of European Reconstruction 1919-1930, Amsterdam 1976.

„Links“ im Internet

[Homepage der Sozialistischen Internationale](#)

[Homepage der Sozialistischen Jugend-Internationale \(International Union of Socialist Youth\)](#)

[Homepage der Sozialdemokratischen Partei Europas \(SPE\)](#)

[Homepage der europäischen Jungsozialisten \(ECOSY\)](#)

[Homepage der Fraktion der SPE im Europäischen Parlament](#)